



WIKTOR DABKOWSKI / ACTION PRESS

Demonstration von Einheitsanhängern in Brüssel: Ohne die Hauptstadt kann und will keine Volksgruppe leben

BELGIEN

Kabale und Lüge

Flamen und Wallonen können sich nicht auf eine neue Regierung verständigen, ihr Konflikt droht den EU-Gründungsstaat zu spalten. Zentrum des Streits ist der Kampf um die Vorherrschaft in der Metropole des vereinten Europa.

Ein paar Schritte nur sind es in Brüssel von einer politischen Bühne zur anderen. Von der kleinen zur großen.

Aus den düsteren Wandelgängen des belgischen Parlaments, wo flämische und wallonische Abgeordnete gerade um den drohenden Zerfall ihres Königreichs streiten, geht es hinaus, links die Rue de la Loi hinunter, und dann bei Hausnummer 175 rein in den verglasten Steinquader des EU-Rats. Hier ist sie im Werden, die schöne neue Welt der EU-Regierenden. Hier planen sie in globalen Zusammenhängen das künftige Europa. Beispielhaft voran geht der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy.

Der stand lange auf der anderen Seite des Grabens, der in Brüssel nationale von internationaler Politik trennt. Bevor der schwächliche Flame im Dezember 2009 auf den EU-Chefsessel, also an die Spitze einer Union von 500 Millionen Menschen katapultiert wurde, war er nacheinander Parlamentspräsident und Regierungschef Belgiens gewesen, drüben am anderen Ende der Rue de la Loi.

Genau dort, wo am Freitag der 27. Tag seit der letzten Wahl zur Volksvertretung verstrichen ist – ohne dass eine neue Regierung gefunden worden wäre. Was haben sie nicht alles veranstaltet inzwischen, Belgiens wütende Bürger: Maskenkundgebungen, Protest-Striptease auf offener Straße, Ausrufung einer Fritten-Revolution, so genannt nach der angeblichen Leib- und Magenspeise der Belgier.



Kontrahenten Di Rupo, De Wever
„So, wie es ist, kann es nicht bleiben“

Es hat nichts genützt. Statt einer neuen politischen Führung hat Belgien inzwischen einen neuen Rekord: Länger dauerten Koalitionsverhandlungen noch in keinem Land weltweit. Selbst im Irak nicht.

Schon seit Jahren erschöpft sich der Streit in wechselseitigen Vorwürfen. Schuld an der verfahrenen Situation seien die französischsprachigen Wallonen im Süden, die vom Norden einfach weiter durchgefüttert werden wollten, sagen die Flamen. Die Verantwortung trügen flämische Nationalisten mit ihrer Forderung nach immer mehr Autonomie, kontern die Wallonen.

„Einigkeit macht stark“, so lautet der Wahlspruch aller Belgier. Im Plenarsaal ist er an der Stirnseite eingraviert. Flämische Abgeordnete schauen von halblinks drauf; wallonische von halbrechts. Zwischendrin sitzt Katrin Jadin. Als Vertreterin der 74.000 Deutschsprachigen im Land beobachtet sie das politische Patt zwischen den Volksgruppen mit Sorge: „Es ist ein Pokerspiel, bei dem keiner das Gesicht verlieren will gegenüber seinen

Wählern. Aber so, wie es ist, kann es nicht bleiben.“

Die Lage im Land sieht in der Tat so aus, als sei sie die Folge eines teuflischen Regie-Einfalls militanter EU-Gegner: Das zentrale europäische Projekt, kulturelle Vielfalt unter einem gemeinsamen politischen Dach zu wahren, droht nun ausgerechnet im Land des EU-Mitbegründers Belgien zu scheitern. Dort, wo die gutbesoldeten Vorkämpfer der europäischen Idee seit Jahrzehnten ihr Hauptquartier unterhalten.

60 Prozent Flamen und 40 Prozent Wallonen stehen sich im Elf-Millionen-Einwohner-Staat gegenüber. Und zwar weitgehend unverändert entlang einer uralten Kulturgrenze: der einstigen Heerstraße, die das Römische Reich im Süden vom Herrschaftsgebiet der Barbaren im Norden trennte.

Das 1830 vom Königreich der Niederlande abgespaltene Belgien hat die überlieferten Machtverhältnisse später in Verfassungsform gegossen. Amtssprache wurde Französisch, das Sagen hatte die frankophone Bourgeoisie.

Erst 1966 schloss Flandern wirtschaftlich zum südlichen Nachbarn auf. Kurz zuvor war mit der Festlegung der Sprachgrenze zwischen „germanischen“ Flamen und „lateinischen“ Wallonen die politische Teilung Belgiens besiegelt worden. Fünf Staatsreformen haben seither die Autonomie der Landesteile gestärkt und die Konflikte verschärft. Seit dem Wahlsieg des flämischen Nationalisten Bart de Wever im Juni 2010 ist aus dem Streit um Sprachgesetze und Wahlkreise ein Sprengsatz für den Staat geworden.

De Wever, mit seiner Partei N-VA nun stärkste Kraft im Parlament, hat angekündigt, Belgien in aller Ruhe „verdunsten“ zu lassen. Der wallonische Sozialist Paul Magnette, immerhin der noch amtierende Energieminister, hat daraus bereits Planspiele abgeleitet. Sollte Belgien zerbrechen, so Magnette, rate er von einer Vereinigung des wallonischen Südens mit Frankreich ab: „Wenn wir uns eines Tages irgendjemandem anschließen müssen, dann am ehesten Deutschland.“

Die Frage werde sich vermutlich nicht stellen, sagt dagegen der Philosophieprofessor Philippe Van Parijs, einer der führenden Köpfe im Lager derer, die für den Fortbestand Belgiens kämpfen: „Aber so weit wie die Tschechoslowakei, die sich friedlich aufgelöst hat, wären wir hier schon lange, gäbe es nicht die Brüssel-Frage: Ohne die Hauptstadt kann und will keine der Volksgruppen leben. Van Parijs, ein hagerer Intellektueller, bringt in der Bibliothek seines Brüsseler Herrenhauses Wissenschaftler und Politiker aus beiden Lagern zusammen.

Wie der Knoten gelöst werden könnte? Durch eine tiefgreifende Staatsreform: „Brüssel mit all seinen Ausländern“, for-

dert Van Parijs, „muss offiziell dreisprachig werden – Flämisch, Wallonisch, Englisch. Außerdem muss Brüssel, neben Flandern, Wallonien und dem deutschsprachigen Siedlungsgebiet, künftig eine von vier eigenständigen belgischen Einheiten mit regionaler Identität bilden.“ Denn die Hauptstadt Belgiens, die eben auch die Hauptstadt Flanderns ist, hat sich zum Zankapfel zwischen den Volksgruppen entwickelt, weil sie inzwischen überwiegend von Frankophonen bevölkert ist.

Dass ein Sechstel der Hauptstadtbewohner marokkanischer und ein großer Teil schwarzafrikanischer Abstammung ist, dass es in Brüsseler Stadtteilen wie Molenbeek zuweilen so aussieht, als hätten sich ein paar weiße Kolonisten im Maghreb verlaufen, spielt – im Gegensatz zu Resteuropa – in der politischen Debatte Belgiens kaum eine Rolle. Eine Migrationsdebatte findet nicht statt, Flamen und Wallonen genügen die Animositäten, die sie untereinander hegen und pflegen.

Im Kern der Kabale geht es um die Frage, ob die Existenz eines belgischen Staats nicht einfach nur die Folge einer frommen Lüge aus Gründertagen ist – dass nämlich eine belgische Nation denkbar sei. „Sire, il n'y a pas de Belges“ – „Majestät, es gibt keine Belgier“ –, hielt

der wallonische Sozialist Jules Destrée schon vor knapp hundert Jahren seinem König Albert I. entgegen. Der noch amtierende Premier Yves Leterme stimmte auf die Bitte hin, die Nationalhymne zu singen, vor laufender Kamera die französische Marseillaise an. Nach der letzten Wahl mussten die Verhandlungsführer der stärksten Parteien, der Flame De Wever und der Wallone Elio Di Rupo, sich erst die Handynummer des jeweils anderen besorgen – so wenig hatten sie bis dahin miteinander zu tun.

Die gängigen Reaktionsmuster von Nichtbelgiern auf solche Merkwürdigkeiten reichen von hilflosem Schulterzucken bis zum Verweis auf das surrealistische Erbgut im Land René Magrittes. Wahr-



scheinlicher allerdings ist, dass in Belgien Ähnliches passiert wie überall im großen vereinten Europa. Je stärker die Brüsseler Union wird, je schwächer seine Gliedstaaten sind, desto vernehmlicher wird der Wunsch kleinerer, lange benachteiligter Völker nach Selbstbestimmung in einem Europa der Regionen.

Schotten wie Katalanen, Basken und Korsen blicken derzeit neugierig nach Belgien. Weil die Flamen es dort geschafft haben, Forderungen nach einem eigenen Staat auf die politische Tagesordnung zu befördern – nachdem ihre Sprache lange als Idiom von Bauern und Domestiken geringgeschätzt wurde.

Roel De Leener, Kopf der Bewegung „Taal Aktie Komitee“ (TAK), Sprachaktionskomitee, kämpft seit seiner Jugend für die flämische Sache. In seinen Brüsseler Gymnasialjahren hat er gelernt, was es heißt, als Flame in der Hauptstadt Flanderns ein Fremder zu sein, nicht verstanden zu werden. Inzwischen ist De Leener Familienvater, entwickelt beruflich Software und pinselt in seiner Freizeit Sprachgrenzen aus vergangenen Jahrhunderten aufs Pflaster rund um Brüssel, um künftige Staatsgrenzen zu markieren.

Als Spaßguerilla, als Zündler verstehen er und seine Genossen sich. Unter dem TAK-Logo „Spül Belgien durch“, das die

schwarz-gelb-rote Trikolore schlaff über einer Kloschüssel hängend zeigt, ziehen sie durchs Land. „Alles gewaltfrei“, sagt De Leener, der in Gemeindeversammlungen mit wallonischem Bürgermeister gern laut wird. „Ruhestörung, mehr ist das nicht, nach zwölf Stunden bist du wieder in Freiheit.“

De Leener fordert ein unabhängiges Flandern, die Hauptstadt Brüssel inklusive. Seit dem Wahlsieg von Bart De Wever, sagt er, spüre er Rückenwind. „45 Prozent der Flamen sind inzwischen für die Unabhängigkeit, 80 Prozent für eine Konföderation zweier im Prinzip unabhängiger Staaten. Die Stimmung ist gekippt. Noch vor kurzem wären wir für unsere Position als Rechtsextreme schief angeschaut worden.“

Allerdings: Das kalkulierte Spiel mit dem Feuer ist für die TAK-Aktivisten riskanter geworden. Als sie sich zuletzt mit der Fahne Flanderns unter probelgische Demonstranten mischten, hagelte es Steine und Bierdosen. Gut ein Jahr zuvor, auf dem Löwenhügel, war alles noch glimpflicher abgegangen.

Der Löwenhügel liegt etwa 15 Kilometer südlich von Brüssel, hart an der



Bürgermeister Thiéry (M.), Kollegen*: *Geiseln der Sprachgesetze*

Sprachgrenze auf wallonischem Gebiet in Waterloo. Er markiert das Schlachtfeld, auf dem Napoleon von den Truppen Wellingtons besiegt und Europas Weg in die Restauration geebnet wurde. Flamen und Wallonen kämpften damals auf verschiedenen Seiten.

De Leener und seine Freunde verstehen bis heute nicht, warum sie verhaftet wurden, nur weil sie dort den 28 Tonnen schweren Bronzelöwen mit ihren Flandern-Fahnen und einem Transparent eingekreist hatten, auf dem „Sprachgrenze

* Auf einem Fotomotiv für einen Protest gegen die angebliche Unterdrückung französischer Muttersprachler.

ist Staatsgrenze“ zu lesen war. „In welche Himmelsrichtung schaut denn der Löwe?“, fragt der TAK-Aktivist. „Nach Süden natürlich, nach Frankreich; dorthin, wo die Gefahr herkommt.“

Aus Waterloo, dem wegweisenden Schlachtfeld des frühen 19. Jahrhunderts, ist inzwischen eine Stadt mitten in der ethnischen Gefechtszone Belgiens geworden. Die flämische Seite beklagt entlang der Sprachgrenze den sogenannten Ölfleck: die wachsende Abwanderung frankophoner Bürger aus Brüssel ins Umland.

Eine Sonderstellung im Kuriositätenkabinett belgischer Gesetzgebung genießen dabei die sechs sogenannten Sprachgrenzgemeinden. Diese Kommunen liegen auf flämischem Gebiet, sind aber inzwischen mehrheitlich von Frankophonen besiedelt. Um sie entzündeten sich immer wieder kafkaeske Bürokraten-Scharmützel. So wachen etwa Regierungsbeamte darüber, dass Gemeinderatsitzungen hier auf Niederländisch abgehalten werden und Stadtbüchereien zu allenfalls einem Viertel mit französischsprachiger Literatur bestückt sind – unabhängig von der Muttersprache der Einwohner.

Damien Thiéry ist Bürgermeister in einer der sechs Sprachgrenzgemeinden. Sein Mund ist gerade mit Klebeband versiegelt, sein Körper mit Paketschnur an einen Stuhl gefesselt. An diesem Nachmittag harret er neben zwei weiteren straff verschnürten Herren in einer Brüsseler Fabrikhalle aus. Die Szene soll wie eine Geiselnahme aussehen, so will es der Fotograf Michel Loriaux.

Er hat ein Bild im Kopf mit Symbolcharakter für alles, was schiefläuft in Belgien. Loriaux hat sich deshalb drei landesweit berühmte Bürgermeister vor die Kamera geholt: Damien Thiéry und Kollegen sind bereits 2006 gewählt, bis heute aber nicht in ihr Amt eingesetzt worden. Französischsprachig alle drei, haben sie in ihren zu Flandern zählenden Gemeinden die Wahlunterlagen an wallonische Bürger nicht, wie vorgeschrieben, zuerst in niederländischer Sprache verschickt – die meisten Wallonen verstehen kein Niederländisch.

Die Regierung Flanderns hat den Bürgermeistern daraufhin die Ernennung verweigert. „Offiziell gibt's mich als Gemeindeoberhaupt nicht, die Arbeit darf ich trotzdem machen“, spottet Thiéry, als ihm der Fotograf das Klebeband vom Mund und die Fesseln vom Leib hat nehmen lassen. Das Geiselfoto will er im Wahlkampf einsetzen: „Wir warten den richtigen Augenblick ab.“

Sollte die Neuordnung oder gar Teilung Belgiens wirklich kommen, wird auch die Kleinstadt Sint-Genesius-Rode in den Brennpunkt rücken. Sie ist, zwischen Brüssel und Waterloo gelegen, ein Stachel im Fleisch der Wallonen, die ihre Siedlungsgebiete gern verbunden sähen.

In Sint-Genesius-Rode wohnen wohlhabende Frankophone, gern auch abgetrennt von ihren flämischen Mitbürgern, in Walmdach-Villen hinter hohen Mauern. Die verbliebenen Flamen harren rund um die Kirchen aus, wo Kneipen stehen, in denen die „Butterbroodjes“ nur einsprachig angeboten werden. Der berühmteste Flame der Stadt allerdings ist dafür bekannt, Kneipen links liegenzulassen. Er radelt sonntags zur Messe und danach schnurstracks zurück in seinen Klinkerbau. Bisweilen wird er im Wald gesehen, dichtend. „Haiku-Herman“, so sein Spitzname, hat sich dem japanischen Versmaß verschrieben. Und das klingt dann so: „In der Schneenacht ruft/eine Eule in die Stille/Komischer Vogel“.

Der Dichter im Klinkerbau, Herman Van Rompuy, war Belgiens Ministerpräsident, als die Staatskrise bereits auf ihren Höhepunkt zusteuerte. Doch auch er, dem so viel diplomatisches Geschick nachgesagt wird, konnte das weitere Auseinanderdriften von Flamen und Wallonen nicht mehr aufhalten. Er wurde abberufen. Auf den Chefsessel der Europäischen Union.

WALTER MAYR